HALLE Die Stadt

Anfrage

TOP:	
Vorlagen-Nummer:	**III/2003/03410**
Datum:	19.06.2003
Bezug-Nummer.	
Kostenstelle/Unterabschnitt:	
Verfasser:	Friedemann Scholze

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.06.2003	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der FDP-Fraktion - zum Stand der Vermarktung des Industriegebietes an der A14

In der Hoffnung, die Chancen Halles bei der BMW-Ansiedlung zu heben, hatte der Stadtrat beschlossen, das Gelände an der A 14 als Gewerbegebiet zu erschließen. Nach der Absage von BMW wurde, mittels weiterer Zuschüsse, dieses Gebiet zur besseren Vermarktung weiter aufgewertet.

Die FDP-Fraktion fragt in diesem Zusammenhang:

Welche aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse gibt es hinsichtlich der Anwerbung von Investoren?

Beabsichtigt die Stadt Halle das Gelände auch für Firmenansiedlungen zu nutzen, deren Flächenbedarf geringer als bei Großvorhaben ist?

Gibt es entsprechende Anfragen von Firmen?

Wie schätzt die Stadt Halle die Wettbewerbsfähigkeit dieses Standortes vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung ein?

gez. Friedemann Scholze
Fraktionsvorsitzender

Die Antwort der Verwaltung lautet:

Im BMW-Verfahren wurde das Großindustriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14 auf einen vollzugsfähigen Status der Planungssicherheit gehoben, der die Zusammenführung der Grundstücke in einer Hand (Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle) und eine technische Lösung zur Erschließung des Gebietes umfasst. Eine technische Umsetzung der Erschließung wurde jedoch **nicht** vorgenommen, weil diese erst im Falle einer Ansiedlung umgesetzt wird, um nicht Mittel im 2-stelligen Millionenbereich, die dann erforderlich und durch das Land und die Stadt aufgebracht werden, anzugreifen.

Zu den einzelnen Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

Mit der Entwicklung des Status der Planungssicherheit für das Großindustriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14 war die Stadt nach Abschluss des BMW-Verfahrens im Sommer 2001 erstmals in der Lage, Unternehmen mit potenziellen Großprojekten direkt für einen Standort anzusprechen, der national und international die grundlegenden Voraussetzungen erfüllt, die für solche Projekte erforderlich sind. Die Stadt Halle hat aktiv eine Vielzahl deutscher und internationaler Großindustrieunternehmen aus relevanten Branchen auf den Standort angesprochen. Durch die erhöhte Bekanntheit des Standortes insbesondere im BMW-Verfahren wird auch die Stadt Halle zwischenzeitlich in Einzelfällen u. a. durch das Kopper-Büro Berlin und das IIC Berlin bei relevanten Anfragen von Investoren aus dem Ausland als Standortalternative für Deutschland vorgeschlagen. Seit Sommer 2001 war die Stadt Halle in einigen Großverfahren mit dem Industriegebiet vertreten, ohne jedoch abschließend einen geeigneten Investor dafür bisher gewinnen zu können.

Die Stadtverwaltung hält nach wie vor auf Grund der Gegebenheiten in der Stadt Halle und dem Umland daran fest, dass dieses Großindustriegebiet an 1 bis maximal 3 Großinvestoren vergeben werden soll. Eine Zergliederung des Gebietes und eine Vergabe an kleinere Unternehmen für Firmenansiedlungen wäre wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen und vor dem Hintergrund von noch bestehenden Ansiedlungsflächen im interkommunalen Gewerbegebiet Halle-Queis sowie alternativer Flächen in der Stadt Halle (u. a. Hafen Halle-Trotha) und im Umland abzulehnen.

Konjunkturell bedingt sind die Anfragen von Firmen zu Standorten auch für mittlere und kleinere Projekte in den letzten beiden Jahren deutlich zurückgegangen. Firmenanfragen werden deshalb entsprechend der Projektanforderungen insbesondere mit Vorschlägen zu alternativen halleschen Standorten bedient.

Die nationale und europäische Wettbewerbsfähigkeit des Standortes wurde im BMW-Verfahren bereits festgestellt. Auch bei nachfolgenden Projekten stand die Stadt Halle u. a. in Konkurrenz zum Standort Kolin (Projekt aus der Branche Automobilbau im Jahre 2001) und der pharmazeutischen Industrie (zu 32 Standorten in Deutschland). Die Standortrahmenbedingungen sind also nach wie vor als sehr gut einzuschätzen, wenn auch die jeweilige Spezifik der Projekte bisher noch nicht zur Ansiedlung geführt hat. Mit der EU-Osterweiterung verändert sich diese Situation grundsätzlich nicht, da die Stadt Halle weiterhin für Großindustrieprojekte zumindest einen planungssicheren Standort vorhalten muss, wenn sie weiterhin daran interessiert ist, dass Großindustrieprojekte aus relevanten Branchen nach Halle geholt werden sollen.

Dies muss auch vor dem Hintergrund einer sich in der Zukunft hoffentlich wieder aufklarenden Konjunktur Bestand haben. Mit Veränderungen der Standortparameter in Deutschland in den nächsten Monaten und Jahren können sich durchaus die Möglichkeiten wieder verbessern, dass Großindustrieprojekte unter einer für Ostdeutschland anhaltenden Förderung am Standort Halle und im Großindustriegebiet in besonderer Weise umgesetzt werden können.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin